

Pressemitteilung – 27. Juni 2016

**Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft zum EU-Gipfel:
„Nur beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung reduziert Migrationsdruck!“**

Berlin/Brüssel – „Weniger Migrationsdruck kann nur durch stabiles wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungsperspektiven auf dem afrikanischen Kontinent erreicht werden. Eine Politik, die in allererster Linie darauf setzt, kurzfristig und unmittelbar die Flucht nach Europa zu verhindern, greift zu kurz“, sagt Dr. Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft im Vorfeld des EU-Gipfels am morgigen Dienstag.

Die von der EU geplanten Schritte, unternehmerisches Engagement in afrikanischen Ländern zu fördern, gehen laut Liebing in die richtige Richtung. „Das traditionelle Modell der Entwicklungszusammenarbeit sollte grundlegend überdacht werden. Der Fokus einer Neuorientierung muss in einem beschleunigten wirtschaftlichen Aufholprozess afrikanischer Länder liegen. Gelingen kann dies, wenn sich die Kooperation mit den afrikanischen Ländern künftig auf folgende Aspekte konzentriert: Förderung von Direktinvestitionen, Stärkung der Infrastruktur und des lokalen Privatsektors, Fachkräfte-Ausbildung sowie die Unterstützung der wirtschaftlichen Diversifizierung in den afrikanischen Ländern“, so der AV-Vorsitzende.

Vor allem dürfe die Förderung der deutschen und ausländischen Wirtschaft im EZ-Kontext nicht länger einem Tabu unterliegen, sondern sollte als selbstverständliches Handlungsfeld der EZ fungieren. „Dringend notwendig sind Instrumente, die dazu beitragen, dass mehr internationale Firmen in Afrika investieren und zum Aufbau der Wirtschaft beitragen. Dafür müssen vor allem die mit ausländischen Direktinvestitionen verbundenen Risiken minimiert werden“, so Liebing weiter. In diesem Zusammenhang will die EU-Kommission europäischen Unternehmen mehr Garantien als bislang zur Verfügung stellen. Der AV-Chef hält das für einen Schritt in die richtige Richtung.

Bislang beschränken sich die von der EU-Kommission geplanten Migrationsabkommen auf Hauptherkunftsländer und Transitländer von Flüchtlingen. „Wir sollten aber auch und vor allem mit Ländern zusammenarbeiten, die eine wirtschaftspolitische Agenda haben, die dazu beiträgt, dass alles, was an Unterstützung kommt, tatsächlich auch auf fruchtbaren Boden fällt. Also Länder, die darauf setzen, ihre Industrien zu diversifizieren und Perspektiven für die Menschen zu schaffen.“